

Nebelkerzen

Warum die Vatikan-Erklärung das katholisch-jüdische Verhältnis nicht verbessert

VON TOBIAS KÜHN

Reisen wollen vorbereitet sein. Komende Woche tritt der Papst seinen ersten offiziellen Besuch in den USA an. Dabei möchte er – auf eigenen Wunsch, wie im Vatikan zu hören ist – auch mit jüdischen Vertretern zusammentreffen und in New York eine Synagoge besuchen. Weil das jüdisch-katholische Verhältnis aber durch die umstrittene Neufassung der Karfreitagsfürtbitte stark belastet ist, hat Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone, der „Außenminister“ des Vatikans, vergangenen Freitag eine offizielle Erklärung abgegeben. Darin versichert der Vatikan den Juden seine „brüderliche Haltung“ sowie Respekt und Hochachtung. Der seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil beschrittene Weg der Aussöhnung und Zusammenarbeit werde nicht in Frage gestellt, heißt es. Der Heilige Stuhl weise jede Art von Antisemitismus streng zurück.

Zahlreiche jüdische Organisationen haben in den vergangenen Wochen gegen eine Passage der von Benedikt geänderten Fürtbitte nach dem Tridentinischen Ritus protestiert, denn dort steht: „Lasst uns auch beten für die Juden, auf dass Gott unser Herr ihre Herzen erleuchte, damit sie Jesus Christus erkennen, den Retter aller Menschen.“ Kritiker lesen darin die Aufforderung, Juden zu missionieren.

Ob diese Sorgen möglicherweise unbegründet sind, bleibt allerdings auch nach dem jüngsten vatikanischen Kommuniqué offen. „Die Erklärung ist freundlich formuliert, aber theologisch klärt sie nichts“, sagt der Kölner Publizist Günther Bernd Ginzler, der sich seit Jahren aktiv am jüdisch-christlichen Gespräch beteiligt. „Wenn es der Papst fertigbringt zu sagen, dass Juden ihren eigenen Heilsweg haben, dann wäre die Kontroverse beigelegt“, so Ginzler. „Aber das aktuelle Schreiben macht deutlich, dass er genau diesen Weg nicht beschreitet.“

Auch der Frankfurter Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik, der in der Vergangenheit gelegentlich im Arbeitskreis „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken mitwirkte, hält wenig von der päpstlichen Erklärung: „Sie ist ein Zeichen des guten Willens.“ Aber



Viel Rauch um nichts? Die neue Erklärung von Papst Benedikt XVI.

Foto: Reuters

gerade dies mache „die totale Schizophrenie“ der katholischen Kirche deutlich, so Brumlik, denn das Schreiben hebe die Formulierung der neuen Karfreitagsfürtbitte ja nicht auf. Wegen des umstrittenen Gebets hatte Brumlik vor einigen Wochen eine Einladung zum Katholikentag im Mai ausgeschrieben. Dazu sagte er am Dienstag: „Es bleibt dabei.“

Nicht nur bei Juden, sondern auch bei einigen Katholiken stößt die jüngste Erklärung des Vatikans auf Kritik. „Der Papst weicht aus, er meidet all die heißen Punkte, die diskutiert worden sind“, sagt Hanspeter Heinz, Pastoraltheologe und katholischer Vorsitzender des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

Heinz bemängelt, die Erklärung beantworte die Frage nicht, ob die Liebe der Christen darauf abziele, die Juden zu Jesus zu führen. „Auch nennt der Papst in seinem Schreiben keinen Grund, warum er mit der nachkonziliaren Karfreitagsfürtbitte für die Juden offenbar derart unzufrieden ist, dass er eine neue, dritte Version geschaffen hat.“ Weil diese Fragen offen bleiben, fördere das päpstliche Schreiben denn auch das Misstrauen auf jüdischer Seite, so Heinz. Er gibt zu bedenken, dass evangelikale Gruppen, die sich ohnehin die Judenmission auf ihre Fahnen geschrieben haben, durch die neue Karfreitagsfürtbitte bestärkt werden. „Sie freuen sich über Schützenhilfe vom Papst.“

Zufrieden mit der Erklärung äußerte sich hingegen Pater Norbert Hofmann, Sekretär der vatikanischen Kommission für den religiösen Dialog mit dem Judentum. „Es ist natürlich klar, dass mehr erwartet wurde, aber ich denke, die Basisinformation ist gegeben, dass diese Karfreitagsfürtbitte kein Stolperstein im christlich-jüdischen Verhältnis sein soll.“ Das Wichtigste sei in der Erklärung enthalten, findet Hofmann. Er hält es für eine „Fehlentscheidung“, in dem Gebet die Aufforderung der katholischen Kirche zur Judenmission zu sehen. Dennoch: „Aus unserer Sicht kommen alle Menschen, nicht nur die Juden, zum Heil durch Jesus Christus. Das ist das Herz unserer Theologie. Ansonsten können wir unseren Laden ja dicht machen.“

Fordern

Aller guten Dinge sind drei. So viele Schreien zum gleichen Thema landeten Ende März auf dem Schreibtisch von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU), wie der Berliner Tagesspiegel in seiner Ausgabe vom 5. April berichtet. In den Briefen wird einem langjähriger Mitarbeiter der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Redakteur der von der bpb herausgegebenen Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Ludwig Watzal, vorgeworfen, in Zeitschriften und auf Internetseiten Propaganda gegen Israel zu betreiben. Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan J. Kramer, beklagt in seinem Brief an Schäuble, Watzal bediene „alleits bekannte antisemitische Klischees“. Ein Beispiel unter vielen: In einem Artikel, der auf der linksextremen Website Campo Antimperialista erschienen ist, bezeichne Watzal Israel als „wildgewordene Kolonialmacht“, die eine „ethnische Säuberung“ an den Palästinensern begehe, so Kramer. Seine Forderung: Watzal solle von der bpb entlassen werden. Den gleichen Tenor haben der Brief, den die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Lala Süskind, und der Journalist Daniel Kilpert gemeinsam verfassten, sowie das Schreiben vom Generalsekretär des Bundesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Österreich, Raimund Fastenbauer.

Gabriele Hermanni, Presseferentin des Bundesinnenministeriums, sagte der Jüdischen Allgemeinen, die Protestbriefe würden in ihrer Behörde „sehr ernst genommen“. Schäuble wolle sie „sehr bald beantworten“. Der Fall Watzal werde geprüft, und mögliche Konsequenzen würden erwoogen, die bis zu Watzals Entlassung reichen könnten. Ähnlich äußert sich Raul Gerson, Sprecher der bpb. Schon 2005 habe man Watzal verboten, sich in seiner Funktion als Angestellter der bpb zum Nahostkonflikt zu äußern. „Wir sind sehr unglücklich mit den publizistischen Aktivitäten von Watzal zum Thema Israel und Palästina“, sagte Gerson dieser Zeitung. „Das entspricht nicht der Positionierung der Bundeszentrale für politische Bildung.“ Jetzt werde gemeinsam mit dem BMI die Möglichkeit zu weiteren arbeitsrechtlichen Sanktionen gegen Watzal geprüft. In einer Woche, versichern sowohl Hermanni als auch Gerson, könne man zum Fall Watzal Genaueres sagen. Dieser wollte sich gegenüber der jüdischen Allgemeinen zu dem Vorgang nicht äußern. iw

Betriebsstörung

Halteverbot für den „Zug der Erinnerung“

VON KATRIN RICHTER

Der Streit um den „Zug der Erinnerung“ weitet sich aus. Nachdem Bahnhöf Hartmut Mehdorn der privaten Initiative die Einfahrt in den Berliner Hauptbahnhof aus „betriebstechnischen“ Gründen verweigert hat, fordert nun Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee die Bahn auf, eine konstruktive Haltung einzunehmen: „Ich erwarte, dass die Bahn alle für die Ausstellung anfallenden Trassen- und Stationsgebühren eins zu eins an den Zug der Erinnerung spendet.“ Die Bahn wollte diese 100.000 Euro an eine namhafte deutsche oder internationale jüdische Institution geben. Der Betrag sollte aber ausdrücklich nicht an den „Zug der Erinnerung“ zurückfließen.



Will sich nicht auf Nebengleis schieben lassen: der „Zug der Erinnerung“

Foto: AP

Der Zug, der seit November 2007 quer durch Deutschland fährt und im Mai dieses Jahres in Auschwitz ankommt, erinnert mit seiner fahrenden Ausstellung an die Rolle der Bahn während der NS-Zeit. Betriebstechnische Gründe – das war auch die Erklärung für das Einfahrtverbot auf die Gedenkstätte Gleis 17 am Bahnhof Berlin-Grunewald. Das jedoch wurde am Dienstagmittag, wenige Stunden nach der Pressekonferenz der Initiative „Zug der Erinnerung“, von der Bahn aufgehoben, sodass der Zug

zumindest am benachbarten S-Bahnhof haltmachen kann. Hans-Rüdiger Minow, Vorstandssprecher der Initiative, sagte der jüdischen Allgemeinen: „Wir freuen uns, dass die Bahn einseht, dass die Sperrung nicht aufrechterhalten werden kann.“ Minow hofft, dass sich ein noch stärkerer öffentlicher Protest artikuliert, sodass auch der Hauptbahnhof freigegeben werde.

Die Bahn hat dem „Zug der Erinnerung“, der vom 13. bis 22. April in Berlin Station macht, zuvor Schöneweide, Lichtenberg, Charlottenburg, Südkeim und Gesundbrunnen als Haltepunkte angeboten. Für Minow aber steht fest: „Wir werden auf dem Berliner Hauptbahnhof denken. Davon wird uns keiner abhalten.“ Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit mahnt die Deutsche Bahn nachdrücklich, dass es gerade in Berlin möglich sein muss, „dass ein verdienstvolles Gedenkprojekt wie der ‚Zug der Erinnerung‘ jede Form der Unterstützung erfährt“. Auch Berlins Kulturstassekretär André Schmitz nennt das Verhalten der Bahn „absolut unverständlich, peinlich und provinziell“. Der Präsident des Internationalen Ausschuss-Komitees, Noach Flug, erklärte in Jerusalem, die Haltung der Bahn sei würdelos und schade dem Ansehen Deutschlands.

Es wird gebaut

Kein Siedlungsstopp im Westjordanland

VON WLADIMIR STRUMINSKI

„Ja, ich habe es versprochen“, pflegte Israels dritter Ministerpräsident, Levi Eschkol, mit dem ihm eigenen Zynismus zu sagen, „aber ich habe nicht versprochen, Wort zu halten.“ Dieser Tage hat die israelische Friedensbewegung „Schalom Achschaw“ (Frieden jetzt) auch Ehud Olmert des Wortbruchs beschuldigt: Von dem im November 2007 bei der Friedenskonferenz in Annapolis gegebenen Versprechen, den israelischen Siedlungsbau einzustellen, sei „so gut wie nichts übrig geblieben“.

Kurz nach Annapolis hatte Olmert verlangt, alle Bauvorhaben im Westjordanland ihm persönlich zur Entscheidung vorzulegen. Im nördlich von Jerusalem gelegenen Giv'at Se'ew stoppte der Regierungschef den Weiterbau eines Wohnviertels für ultraorthodoxe Familien. Prompt sprach die Siedlerbewegung von einem Ausverkauf israelischer Interessen. Die Wirklichkeit, so ein von Schalom Achschaw jetzt vorgelegter Bericht, sieht jedoch anders aus. Seit Annapolis, stellt die Bewegung aufgrund eigener Ermittlungen fest, wurden in den West-Bank-Siedlungen – ohne Ostjerusalem – 275 neue Gebäude in Angriff genommen, an mehr als 200 Häusern, deren Errichtung bereits früher begann, wird weitergebaut. Auch die Baupause in Giv'at Se'ew ist inzwischen vorbei. In der ultraorthodoxen Stadt Beitar Illit sollen mit Olmerks Billigung 800 neue Wohnungen vermarktet werden. Insgesamt fand oder findet Bautätigkeit in 101 Siedlungen statt.

In den jüdischen Stadtteilen Ostjerusalems wurden zwischen Dezember 2007 und März 2008 750 Wohnungen ausgeschrieben. Der Bau des Wohnviertels Har Choma geht mit Volldampf weiter. Der

Siedlungsbau, so Jariv Oppenheimer, Generaldirektor von Schalom Achschaw, mindere die Chancen auf eine Zweistaatenslösung, indem er die Schaffung eines territorial zusammenhängenden palästinensischen Staates untergrabe. „Am Ende werden wir in einem binationalen Staat leben müssen“, so Oppenheimer zur jüdischen Allgemeinen. Auch das von Israel den USA gegebene Versprechen, ohne behördliche Genehmigung gebaute Siedlungen zu räumen, bleibt auf dem Papier. Stattdessen verhandelt das Verteidigungsministerium mit den Siedlern über eine einvernehmliche Räumung von gerade Mal fünf „illegalen Außenposten“. Die Siedler, betonte Verteidigungsminister Ehud Barak, „sind nicht unsere Feinde, sondern unsere Brüder“.

Mit dieser Politik gibt die Regierung dem Druck rechter Kreise nach. Die separatistisch-ultraorthodoxe Schas sitzt als unerlässlicher Regierungspartner am langen Hebel und droht für den Fall eines vollen Baustopps mit einem Bruch des Regierungsbündnisses. Das will Olmert nicht riskieren. Erst recht nicht, weil ein Friede mit den Palästinensern weder mit noch ohne Baustopp in Sicht ist. Von einer Eindämmung des Terrorismus durch die palästinensische Regierung kann keine Rede sein. Zudem würde die anhaltende Kontrolle des Gasstreifens durch die Hamas die Durchsetzung eines Friedensvertrages ohnehin vereiteln. In der vergangenen Woche hat sich Jasser Abed Rabbo, Sekretär der PLO und Mitglied des palästinensischen Verhandlungssteams, sogar für eine Einstellung der Gespräche ausgesprochen. Unter diesen Umständen zieht es Olmert vor, die Schas ruhig zu stellen und seine Restamtszeit so lange wie möglich auszukosten.

Forschen

„Die Wissenschaft spielt bei der Verständigung unserer Völker eine wichtige Rolle.“ Das sagte Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) bei der Eröffnungsfeier des deutsch-israelischen Wissenschaftsjahres 2008 am Dienstag in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Seit fast 50 Jahren arbeiten Forschungseinrichtungen und Hochschulen beider Länder zusammen. „Die wissenschaftliche Zusammenarbeit begann bereits 1959 – also einige Jahre vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Jahr 1965“, hob Schavan hervor. Schwerpunkte des Kooperationsjahres sind Forschungen in den Bereichen Gesundheit, Umwelt und zivile Sicherheit. Die Ministerin will nun vor allem junge Wissenschaftler unterstützen. Im Herbst wird erstmals ein Förderpreis für zwei deutsch-israelische Teams von Nachwuchsforschern in den Geistes- und Sozialwissenschaften vergeben, der mit jeweils 200.000 Euro dotiert ist. Zudem unterstützt Deutschland den Aufbau eines neuen Minerva-Zentrums für Geistes- und Kulturwissenschaften in Israel. Der israelische Bildungsminister Galeb Majalade betonte auf der Eröffnungsfeier, wie wichtig Wissenschaft und Forschung für ein Land wie Israel seien, dass aber wenig Rohstoffe verfügbar. Gemeinsam mit Deutschland wolle Israel sich im Bereich umweltfreundlicher Technologien engagieren, so Majalade. iw



Kooperativ: Annette Schavan

Foto: dpa